

# Eine Bundesrätin mit kleinen Kindern - ist das in der Schweiz überhaupt möglich?

Die SP will mit einem reinen Frauenticket das höchste Amt der hiesigen Exekutive auch jungen Müttern zugänglich machen. In anderen Ländern ist das bereits Realität - selbst in Italien.

Alessandra Paone und Nina Fargahi

**BERN** Nach der Rücktrittserklärung von Bundesrätin Simonetta Sommaruga muss die SP deren Nachfolge regeln. Die Parteispitze möchte zwei Frauen aufstellen. Am liebsten sähe das Führungsduo Mattea Meyer und Cédric Wermuth eine junge Mutter in der Landesregierung. In der Schweiz sei es aber leider schwierig, ein solches Amt mit einem intakten Familienleben zu vereinbaren, sagt Co-Präsident Wermuth im «SonntagsBlick». Er plädiert deshalb dafür, das Amt des Bundesrats umzubauen, damit es sich besser mit dem Familienleben unter einen Hut bringen lässt. Wermuth schlägt vor, die Anzahl der Bundesräte auf neun zu erhöhen oder grosse Departemente neu aufzuteilen.

Tatsächlich waren mit Elisabeth Kopp, Micheline Calmy-Rey und Eveline Widmer-Schlumpf zwar bereits Mütter im Bundesrat vertreten. Allerdings wurden Calmy-Rey und Widmer-Schlumpf erst ins Amt gewählt, als ihre zwei beziehungsweise drei Kinder erwachsen waren. Und Kopp begann ihre politische Karriere auf nationaler Ebene, nachdem ihre Tochter eingeschult worden war. Die amtierenden Bundesrätinnen haben keine Kinder. Karin Keller-Sutter sagte vor einigen Jahren, dass ihre politische Karriere mit Kindern nicht möglich gewesen wäre.

## Mögliche Kandidatinnen haben schulpflichtige Kinder

Die Basler Ständerätin Eva Herzog, die als Favoritin für Sommarugas Nachfolge gilt, stellte sich schon 2010 zur Wahl. Damals war sie 48 Jahre alt und Regierungsrätin in Basel-Stadt. Ihre Kinder waren noch jung. Das sei schon ein bisschen ein Hinderungsgrund gewesen, sagte Herzog kürzlich der «Basler Zeitung». Genau in dieser Phase befinden sich nun die frühere Aargauer Nationalrätin Pascale Bruderer, die Ber-



Soll das höchste Regierungsamt familienfreundlicher werden? Simonetta Sommaruga im Gespräch mit Nationalrätin Flavia Wasserfallen (SP, Bern).

Bild Keystone

ner Regierungsrätin Evi Allemann und die Nationalrätin Flavia Wasserfallen, die ebenfalls als mögliche Kandidatinnen im Gespräch sind: Alle drei sind unter 50 Jahre alt und haben schulpflichtige Kinder.

Was in der Schweiz nicht möglich scheint, ist in anderen Ländern bereits Realität. Die finnische Premierministerin Sanna Marin hat eine vierjährige Tochter, die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern wurde im Amt Mutter, und die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock ist ebenfalls Mutter.

Auch die neue italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat eine schulpflichtige Tochter. Das letzte Beispiel ist besonders bemerkenswert, da in Italien zuvor noch nie eine Frau regiert hat. Zudem ist Meloni als Rechtskonservative eine vehemente Vertreterin des traditionellen Familienbilds, dem sie selbst als Unverheiratete und Karrierefrau nicht entspricht.

Zita Küng ist Organisationsberaterin und Coach. Im Gegensatz zur Schweiz wählten andere Länder nicht einzelne Regierungsmitglieder ins Amt, sagt sie. In der Schweiz sei es einfach nicht üblich, zwischen 30 und 40 Jahren Mitglied des Bundesrats zu werden; das Amt sei auch mit 55 Jahren gut möglich. Ruth Metzler sei damals mit Mitte dreissig eine Ausnahme gewesen.

Küng hält es aber für absolut möglich, als Mutter mit kleinen Kindern Bundesrätin zu werden. «Eine Magistratin kann sich mit ihrem Lohn eine entsprechende Kinderbetreuung locker leisten. Das kann eine Frau im Niedriglohnsektor nicht», sagt sie.

Die Zürcher Führungsoachin Küng stört sich daran, dass die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Männern nicht gestellt werde. Bei der früheren Bundesrätin Micheline Calmy-Rey sei von einer Grossmutter im Bundes-

rat die Rede gewesen - «aber Maurer galt nie als Opa im höchsten Amt». Und niemand habe jemals gefragt, wie Alain Berset das Amt mit seinen drei Kindern unter einen Hut bringen werde, sagt sie. Als Berset 2012 in den Bundesrat gewählt wurde, war er 40 und das jüngste seiner Kinder zwei Jahre alt.

## Auch Männer sagten schon aus familiären Gründen ab

Es gab aber auch schon männliche Bundesratsanwärter, die wegen ihrer Familie auf eine Kandidatur verzichteten. So nahm sich etwa SVP-Nationalrat Marcel Dettling für die Nachfolge von Ueli Maurer schon früh aus dem Rennen. Seine Kinder seien noch zu klein. Dieselbe Begründung lieferte Dettling, als er vor zwei Jahren für das Parteipräsidium im Gespräch war. Auch Mitte-Ständerat Pirmin Bischof verzichtete 2018 aus Rücksicht auf seine Familie auf eine Kandidatur.

Als die FDP einen Nachfolger für Johann Schneider-Ammann suchte, sagte Ständerat Andrea Caroni: «Ich könnte nicht gleichzeitig meinen beiden Kindern ein guter Vater sein und dem Land ein guter Bundesrat.» Aus seiner Zeit als persönlicher Mitarbeiter von Alt-Bundesrat Hans-Rudolf Merz wisse er, dass das Amt allumfassend sei.

Caronis Meinung hat sich nicht geändert: «Man ist Bundesrat und nichts anderes», sagt er auf Anfrage. Man könne als Vater von kleinen Kindern schon Bundesrat werden, die Familie zahle aber einen hohen Preis. «Jede Minute, die Sie mit Ihrem Kind verbringen, ist eine Minute, in der Sie nicht regieren.» Die Beispiele aus dem Ausland würden glorifiziert, sagt er. «Stellen Sie sich das Sicherheitsdispositiv vor, wenn Sanna Marin als Ministerpräsidentin von Finnland spontan mit ihrem kleinen Kind an einen Räbeliechtli-Umzug gehen möchte.»

## Nachfolge Sommaruga

### Absagen und neue Kandidatur

➤ Nachdem sich die beiden Waadtländer Staatsrätinnen Rebecca Ruiz und Nuria Gorrite aus dem Rennen um die Nachfolge von Bundesrätin Simonetta Sommaruga genommen haben, wird eine Kandidatur aus der Westschweiz immer unwahrscheinlicher. In der Romandie wird derzeit nur noch die 58-jährige jurassische Ständerätin und frühere Staatsrätin Elisabeth Baume-Schneider als Kandidatin gehandelt. Überraschend ins Gespräch brachte sich dagegen gestern die Thurgauer Nationalrätin Edith Graf-Litscher. Die 58-jährige Politikerin, die seit 17 Jahren im Nationalrat sitzt, erklärte, dass sie sich Gedanken über eine Kandidatur mache, nachdem sie von vielen Leute dazu aufgefordert worden sei. *red*

# Die Volksbegehren erleben nach der Covid-Pandemie einen regelrechten Boom

Initiativen werden offenbar nicht primär genutzt, um sich im Hinblick auf Wahlen zu profilieren.

**BERN** Im laufenden Jahr sind laut Bundeskanzlei (BK) bisher 19 Volksinitiativen lanciert worden. Das ist ein neuer Höchststand nach dem Wahljahr 2011. Grund dafür scheint der Nachholeffekt nach der Pandemie zu sein und nicht das Demokratie-Instrument Volksinitiative als Wahlkampfmittel. Im ersten Pandemie-Jahr 2020 waren es lediglich vier, im zwei-

ten Corona-Jahr 2021 neun Volksinitiativen gewesen.

Einen Höchststand mit einer stattlichen Anzahl von insgesamt 23 Volksbegehren gab es im Wahljahr 2011. Gemäss BK waren es 2010 mit 15 ebenfalls mehr als in den Jahren davor. Anders war es im Wahljahr 2015, nur sechs wurden lanciert, das Jahr zuvor zwölf. Im Jahr der Parlamentswahl 2019 wurde dieses Instrument 15 Mal gewählt, um ein Anliegen zu deponieren. 2018 waren es acht an der Zahl. Es scheint also in den Wahljahren und dem Jahr zuvor keine regel-

mässige Häufung zu geben, mit dem sich Einzelpersonen, Organisationen oder die ausserparlamentarische Opposition Gehör verschaffen wollen.

So zeigt sich für den Politologen Michael Hermann vom Forschungsinstitut Sotomo bei der Anzahl Volksinitiativen vor Wahlen kein bestimmtes Muster. Dennoch gebe es einen besonderen Höchststand, und zwar 2010/11. Nachdem die SVP vor den Wahlen 2007 erfolgreich ihre Ausschaffungsinitiative lanciert hatte, fand sie vier Jahre später viele Nachahmer, die sich mit eigenen

Initiativen profilieren wollten. Laut Hermann gibt es andere Faktoren, die sich auf die Anzahl Initiativen auswirkten, so zum Beispiel die Pandemie - das Sammeln von Unterschriften habe unter erschwerten Bedingungen stattgefunden.

## Nur 25 von 228 Initiativen wurden angenommen

Auch für den Politologen Thomas Widmer von der Universität Zürich ist keine Regelmässigkeit der Anzahl Volksinitiativen vor Wahlen ersichtlich. Es sei denkbar, dass das politische Leben und damit

auch die Lancierung von Volksinitiativen nach den Pandemie-bedingten Einschränkungen wieder an Dynamik gewonnen hätten. «Ich erwarte keine wiederkehrende Saisonalität der Volksinitiativen vor den Wahlen», so Widmer. Es sei eine Mär, dass sich die Lancierung von Initiativen im Wahljahr häufen würden.

In den letzten zwanzig Jahren wurden total 13 Volksinitiativen von Volk und Ständen angenommen, seit 1893 sind es 25. Abgestimmt wurde bisher über insgesamt 228 Volksbegehren. *sda*

## Tausende fordern im Iran eine Wende

**BERN** Mehrere Tausend Menschen haben sich am Samstag in Bern an der bislang grössten Iran-Kundgebung seit Beginn der Unruhen beteiligt. Sie forderten den Bundesrat auf, endlich «nennenswerte Massnahmen» zu ergreifen.

Die Iranerinnen und Iraner nähmen die Solidarität der hiesigen Zivilgesellschaft durchaus wahr, schrieben die Organisatoren in einem Communiqué. Doch der Bundesrat höre weg. Sie fordern die Übernahme sämtlicher Sanktionen der EU, Kanadas und der USA und das Einfrieren aller Bankkonten von iranischen Machthabern. *red*